



Berlin im Juli 2021: Menschenrechtler und Exiliraner demonstrieren für den Stopp der Hinrichtungen und das Ende der Straflosigkeit des Regimes im Iran.

NEIN zur Todesstrafe! Hinrichtungen stoppen! Weltrechtsprinzip: Teheraner Regime wegen Völkerrechtsverbrechen zur Verantwortung ziehen!

Im Iran dauern schwerste Menschenrechtsverletzungen an, darunter auch Hinrichtungen und Tötungen von friedlichen Demonstranten. Dies kann nur durch entschlossene und wirksame Maßnahmen der Weltgemeinschaft gestoppt werden. Eine solche Maßnahme sind internationale Strafverfahren gegen die Funktionäre der islamistischen Diktatur, die Menschenrechtsverbrechen begangen haben.

Auf der Grundlage des Weltrechtsprinzips können Menschenrechtsverbrechen auf der ganzen Welt strafrechtlich verfolgt werden, unabhängig davon, in welchem Land die Taten begangen wurden. Das Weltrechtsprinzip findet bei Verbrechen Anwendung, die Straftatbestände im Völkerstrafrecht sind, darunter bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Diese Straftaten verjähren nicht.

Die massenweisen, systematischen Tötungen von tausenden politischen Gefangenen durch das Teheraner Regime in den 1980er Jahren sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass die Täter, zu denen viele aktuelle Funktionäre der Diktatur im Iran gehören, auf internationaler Ebene strafrechtlich verfolgt werden. Die Täter müssen auf der Grundlage des Weltrechtsprinzips von nationalen Gerichten oder vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag für ihre Völkerrechtsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden. Die bisherige Straflosigkeit muss ein Ende haben.

Beschluss des Deutschen Bundestages: Menschenrechte ins Zentrum der Iran-Politik stellen!



Der Deutsche Bundestag hat am 25. Juni 2021 beschlossen, dass die Menschenrechtslage ins Zentrum der Iran-Politik gestellt werden muss. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, den Menschenrechten im Iran ein besonderes Augenmerk zukommen zu lassen. In dem Beschluss heißt es u.a.:

„Das Regime geht seit seinem Bestehen mit aller Härte gegen seine Kritiker und Andersdenkende vor und unterdrückt die eigene Bevölkerung systematisch. Iran ist gegenwärtig nach China weltweit der Staat mit den meisten vollstreckten Todesurteilen. Die Todesstrafe wird auch für „politische“ Verbrechen verhängt. Trotz des Beitritts zur UN-Kinderrechtskonvention wurden im Jahr 2020 fünf zum Tatzeitpunkt Minderjährige hingerichtet. 2019 wurden auch erstmals seit längerer Zeit zwei zum Zeitpunkt der Hinrichtung Minderjährige hingerichtet. Isolationshaft und grausame Verhörmethoden dienen als drastisches Mittel politischer Unterdrückung der iranischen Zivilgesellschaft. ... All dies widerspricht europäischen Werten und Interessen.“

Wichtiger Erfolg für die Kampagne gegen Straflosigkeit und für Gerechtigkeit

Schweden: Strafprozess gegen iranischen Regime-Funktionär wegen Massenmord an Gefangenen

Historischer Prozess: Zum ersten Mal muss sich ein Funktionär des Teheraner Regimes wegen der Massentötungen von politischen Gefangenen vor Gericht verantworten.

Am 10. August 2021 hat in Stockholm der Strafprozess gegen den iranischen Regime-Funktionär Hamid Nouri begonnen. Die schwedische Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, an Massenhinrichtungen beteiligt gewesen zu sein, denen im Jahre 1988 im Iran tausende politische Gefangene zum Opfer fielen.

Die Anklage gegen den 60-Jährigen, so die Staatsanwältin Kristina Lindhoff Carleson, sei ein wichtiges Signal, dass selbst weit zurückliegende und außerhalb des Landes begangene Völkerrechtsverbrechen in Schweden strafrechtlich verfolgt werden könnten. Nouri wurde im November 2019 bei der Einreise aus dem Iran auf dem Stockholmer Flughafen festgenommen. Seither befindet er sich in Untersuchungshaft.



Vor dem Gerichtsgebäude in Stockholm: Familienangehörige der Opfer der Massenhinrichtungen im Iran fordern Gerechtigkeit.

Die Staatsanwaltschaft begründet die Zuständigkeit der schwedischen Justiz mit dem Weltrechtsprinzip. Das Massaker, das 1988 an politischen Gefangenen im ganzen Iran verübt wurde, gilt als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es ist das erste Mal, dass die internationale Gemeinschaft einen Funktionär des iranischen Regimes wegen dieses Massakers zur Rechenschaft zieht.

Der Angeklagte Hamid Nouri war Helfershelfer des sog. „Todeskomitees“, das 1988 im Gohardasht-Gefängnis nahe Teheran über die Massenhinrichtungen entschied. Nach umfangreichen Ermittlungen wird er der vorsätzlichen Ermordung von hunderten politischen Gefangenen beschuldigt.

Das Gerichtsverfahren in Stockholm wird mit rund 100 Verhandlungstagen einer der umfassendsten schwedischen Strafprozesse werden und soll bis April 2022 dauern. Fast 70 Nebenkläger und Zeugen aus verschiedenen Ländern Europas und Nordamerika sind geladen, darunter auch viele ehemalige Häftlinge des Gohardasht-Gefängnisses.

Erik Halkjær, Vorsitzender der schwedischen Sektion von Reporter ohne Grenzen, begrüßte das Verfahren als „ersten wichtigen internationalen Schritt, um den schrecklichen Übergriffen, Massakern und außergerichtlichen Hinrichtungen, die 1988 im Iran stattfanden, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen“. Er hoffe, dass der Prozess gegen dieses mutmaßliche Mitglied der „Todeskomitees“ auch Konsequenzen gegen weitere Hauptverantwortliche der Massenhinrichtungen haben werde, zu denen auch der Präsident des Teheraner Regimes, Ebrahim Raisi, gehöre.

IRAN - Strafflosigkeit beenden! Verbrechen gegen die Menschlichkeit stoppen! Menschenrechtler fordern internationale Ermittlungen gegen den Regime-Präsidenten Raisi

Zahlreiche geprüfte Dokumente belegen, dass der seit August 2021 amtierende Präsident des Teheraner Regimes, Ebrahim Raisi, seit Jahrzehnten eine aktive Rolle bei den Völkerrechtsverbrechen im Iran spielt. Menschenrechtsexperten fordern daher die umgehende Einleitung internationaler strafrechtlicher Ermittlungen gegen Raisi.

Amnesty International hat am 19. Juni 2021 gefordert, dass gegen Raisi wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Mord, Verschwindenlassen und Folter ermittelt wird. Agnès Callamard, die Generalsekretärin von Amnesty International, erklärte dazu: „Wir fordern weiterhin, dass gegen Ebrahim Raisi wegen seiner Beteiligung an vergangenen und anhaltenden Verbrechen nach dem Völkerrecht ermittelt wird, auch von Staaten, die das Weltrechtsprinzip anwenden.“

Der UNO-Experte Javaid Rehman hat Ende Juni 2021 eine unabhängige internationale Untersuchung der Massenhinrichtungen von iranischen politischen Gefangenen im Jahre 1988 gefordert. Dabei müsse auch die Rolle untersucht werden, die Ebrahim Raisi bei den Hinrichtungen gespielt habe. Sein Büro, so Javaid Rehman, habe seit Jahren umfangreiche Zeugenaussagen und Beweise zu diesen Hinrichtungen gesammelt, die er zur Verfügung stellen könne.



Berlin im August 2021: Vor dem Bundeskanzleramt fordern Familienangehörige von hingerichteten politischen Gefangenen strafrechtliche Ermittlungen gegen Raisi.

Massaker an politischen Gefangenen im Jahre 1988

Ebrahim Raisi hat bei den Massenhinrichtungen des Jahres 1988 eine entscheidende Rolle gespielt. Dabei handelt es sich um ein organisiertes staatliches Massaker, das im Sommer und Herbst 1988 auf Befehl des damaligen Regime-Führers Khomeini an politischen Gefangenen im ganzen Iran verübt wurde. Schätzungen zufolge fielen diesem Massaker bis zu 30000 Gefangene zum Opfer. Sie wurden gezielt ermordet, um jeden Widerstand gegen die Diktatur zu ersticken.



August 2021: Vor dem Capitol in Washington gedenken Menschenrechtler und Exiliraner der Opfer des Massakers von 1988.

Die Hingerichteten wurden von ihren Henkern in namenlosen Massengräbern verscharrt. Familienangehörige wurden eingeschüchert und bedroht, damit keine Informationen über das Massaker an die Außenwelt gelangen.

Über die Hinrichtungen entschieden sogenannte „Todeskomitees“, die die Gefangenen in Prozessen, die nur wenige Minuten dauerten, gruppenweise zum Tode verurteilten. Das Todeskomitee, das über die Exekutionen in den Gefängnissen im Großraum Teheran entschied, hatte vier leitende Mitglieder. Einer von ihnen war Ebrahim Raisi. Allein in den Gefängnissen Evin und Gohardasht, für die Raisi zuständig war, wurden tausende Hinrichtungen vollstreckt.

Die Organisation Reporter ohne Grenzen (RSF), die sich weltweit für Informationsfreiheit einsetzt, hat am 1. Juli 2021 zur Bildung einer Untersuchungskommission zu den Massenhinrichtungen von 1988 aufgerufen. Unter dem Teheraner Regime, so RSF, seien in den letzten Jahrzehnten mehr Journalisten hingerichtet worden als in jedem anderen Land. Raisi sei an der Inhaftierung, Folterung und Hinrichtung von Journalisten beteiligt gewesen.



Massaker an friedlichen Demonstranten im November 2019

Raisi ist auch mitverantwortlich für die Ermordung von mindestens 1500 Demonstranten im November 2019. Als damals im ganzen Iran Bürgerinnen und Bürger gegen die Diktatur protestierten, haben Regime-Truppen Ansammlungen friedlicher Demonstranten mit scharfer Munition unter Beschuss genommen.

Unter den 1500 Toten waren zahlreiche Frauen und Kinder. Tausende Protestierende wurden verletzt. Raisi, der damals Chef des Justizapparats war, billigte dieses Massaker und sorgte dafür, dass keiner der Täter dafür bestraft wurde.

Brutale Repression und Hinrichtungen von Demonstranten 2019 bis 2021

Außerdem ist Raisi mitverantwortlich für die brutale Repression, die nach den Bürgerprotesten vom November 2019 folgte und bis heute andauert. Auf sein Konto gehen Massenverhaftungen im ganzen Land und Folter in den Gefängnissen. Viele Demonstranten wurden in Schauprozessen zu langjährigen Haftstrafen oder zum Tode verurteilt.

Raisi trägt die Verantwortung für die Hinrichtung von friedlichen Demonstranten, darunter auch für die Hinrichtung des iranischen Sportlers Navid Afkari im September 2020. Raisi setzte sich kaltherzig über alle internationalen Proteste hinweg und demonstrierte seine ganze Menschenverachtung, als er den 27-jährigen Sportler hinrichten ließ.



Völkerrechtsverbrechen: Hinrichtung von Minderjährigen 2019 bis 2021

Im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl ist der Iran weltweit der Staat mit den meisten vollstreckten Todesurteilen. Als Chef des Justizapparats hat Raisi dies für die Zeit von März 2019 bis Juni 2021 zu verantworten. Mehr als 600 Hinrichtungen wurden für diese Zeit bekannt. Unter den Opfern waren mindestens sieben junge Gefangene, die zum Zeitpunkt der ihnen vorgeworfenen Taten noch minderjährig waren. Unter Raisi wurden weitere Minderjährige zum Tode verurteilt, obwohl das Völkerrecht dies strikt verbietet.

Eine ehemalige politische Gefangene berichtet:

„Ich war hochschwanger, als ich von Raisi und seinen Folterknechten gequält wurde“

Die Menschenrechtlerin Farideh Goudarzi berichtet über ihren Leidensweg und das Schicksal ihrer Familie, die von der Grausamkeit des Regimes im Iran schwer getroffen wurde:

„Nachdem die islamistische Diktatur im Iran an die Macht gekommen war, haben mein Mann Behzad, mein Bruder Parviz und ich uns als Studenten für Demokratie und Menschenrechte eingesetzt. Wir waren gegen Fanatismus, Unterdrückung und Gewalt Herrschaft, und deshalb wurden wir Anfang der 1980er Jahre wie viele andere junge Menschen gnadenlos vom Regime verfolgt.

Im Sommer 1983 wurden mein Mann, mein Bruder und ich in der westiranischen Stadt Hamedan festgenommen. Ich war damals 21 Jahre alt und hochschwanger. Im Gefängnis von Hamedan wurde ich in eine Einzelzelle gesperrt und trotz meiner Schwangerschaft jeden

Tag von mehreren Männern verhört und geschlagen. Sie wollten mich zwingen, Freunde zu verraten und Taten zu gestehen, die ich nicht begangen hatte.

Einer dieser Männer war der heutige Regime-Präsident Ebrahim Raisi. Er war damals Ankläger des Revolutionsgerichts von Hamedan und zuständig für die Verfolgung von Regimegegnern. Er tat dies brutal und kaltblütig und war im Gefängnis unmittelbar an Folterungen und Hinrichtungen beteiligt.



Farideh Goudarzi mit dem Bild ihres Sohnes, der im Gefängnis geboren wurde.

„Mein Sohn wurde im Gefängnis geboren. Wenige Monate später wurde mein Mann hingerichtet.“

Nach zwei Wochen Qualen wurde mein Sohn Iman im Gefängnis geboren. Ich wurde mit dem Säugling sieben Monate lang in eine Einzelzelle gesperrt, ohne Kontakt zur Außenwelt. Ich wurde weiter verhört und gefoltert und konnte Iman bald nicht mehr stillen. Mein kleiner Sohn hat damals viel gehungert und gelitten. Auch er wurde gequält, um mich unter Druck zu setzen.

Während seiner Zeit als Ankläger in Hamedan war Raisi verantwortlich für die Hinrichtung von Dutzenden politischen Gefangenen, die ich persönlich kannte. Unter den Opfern war auch mein Mann Behzad, der nach grausamen Folterungen im Gefängnis von Hamedan hingerichtet wurde. Unser Sohn Iman verlor seinen Vater, als er zehn Monate alt war.

Menschenrechtsverein für Migranten e.V.

www.menschenrechtsverein.org

Postanschrift: Postfach 102240 52022 Aachen

Telefon / Fax: 0241-5153504

Spendenkonto: IBAN: DE07391629801631059011

BIC: GENODE1WUR VR-Bank eG

Spenden sind steuerlich absetzbar.

September 2021



Farideh Goudarzi und ihr Sohn Iman setzen sich heute in Europa für Menschenrechte und gegen Hinrichtungen im Iran ein. Sie appellieren an uns alle:

„Wir möchten einen Hilfsappell an alle richten, denen die Menschenrechte am Herzen liegen. Es ist wichtig, dass die Täter der Menschenrechtsverbrechen im Iran von der Weltgemeinschaft zur Verantwortung gezogen werden. Wenn es keine Gerechtigkeit gibt, wird der Regime-Terror gegen die Menschen im Iran weitergehen. Bitte unterstützen Sie unseren Einsatz für Menschenrechte!“

Mein Bruder Parviz und ich wurden dann in Gerichtsprozessen, die nur wenige Minuten dauerten, zu jeweils 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Iman musste noch zwei Jahre lang mit mir im Gefängnis bleiben. Erst dann durfte ich ihn in die Obhut seiner Großeltern geben.

Unser Peiniger Raisi ging später nach Teheran, wo er 1988 Mitglied des Todeskomitees wurde, das für die Hinrichtung von tausenden politischen Gefangenen verantwortlich ist.

„Auch mein Bruder wurde 1988 hingerichtet.“

Ich habe die Massenhinrichtungen des Jahres 1988 im Gefängnis von Hamedan miterlebt. Immer mehr Häftlinge, die wie ich Haftstrafen verbüßten, wurden aus ihren Zellen weggebracht und kamen nicht mehr zurück. Gleichzeitig wurden wir völlig von der Außenwelt isoliert. Fast alle meine Mitgefangenen wurden ermordet. Unter den Hingerichteten war auch mein Bruder Parviz.

Im November 1988 wurde ich unter strengen Auflagen freigelassen. Nach und nach begriffen wir, dass 1988 viele Tausende politische Gefangene im ganzen Iran hingerichtet wurden. Sie wurden in anonymen Massengräbern verscharrt. Es war verboten, über die Hinrichtungen zu sprechen oder Aufklärung zu verlangen. Meine Familie und die anderen Hinterbliebenen wurden bedroht und eingeschüchert.

Fortwährende Verfolgung und Flucht

Nach diesem Albtraum, der tiefe Wunden in meiner Seele hinterlassen hat, lebte ich zusammen mit meiner Mutter und meinem Kind in der westiranischen Stadt Kermanshah. Iman war ein fleißiger Schüler, machte mit 18 Jahren sein Abitur und studierte dann Rechtswissenschaften. Nach seinem Studium erhielt er jedoch keine Zulassung, als Rechtsanwalt zu arbeiten, weil seine Eltern in politischer Haft gewesen waren.

Auch mein Sohn war nun von Verfolgung betroffen. Wegen seines Einsatzes für Menschenrechte wurde Iman im Jahre 2012 sechs Monate lang im Teheraner Evin-Gefängnis festgehalten. Nach seiner vorläufigen Freilassung wurde er wegen angeblicher „Gefährdung der Staatssicherheit“ zu fünf Jahren Haft verurteilt. Kurz bevor Iman die Haftstrafe antreten musste, sind wir unter großen Gefahren aus dem Iran geflüchtet. Wir haben in Europa Asyl erhalten, und dies war unsere Rettung vor Folter und Tod. Diese Rettung wurde nur durch die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen möglich. Dafür werden wir immer dankbar sein. “